

Berlit | Conradis | Pattar [Hrsg.]

Existenzsicherungsrecht

SGB II | SGB XII | AsylbLG | Verfahrensrecht

Handbuch

3. Auflage



Nomos



Deutscher Anwaltverein
Arbeitsgemeinschaft
Sozialrecht



Deutscher Verein
für öffentliche und
private Fürsorge e.V.

NOMOSPRAXIS

Prof. Dr. Uwe-Dietmar Berlit | Dr. Wolfgang Conradis
Prof. Dr. Andreas Kurt Pattar [Hrsg.]

Existenzsicherungsrecht

SGB II | SGB XII | AsylbLG | Verfahrensrecht

Handbuch

3. Auflage

Dr. Irene Becker, Institut für empirische Verteilungsforschung, Riedstadt | **Prof. Dr. Uwe-Dietmar Berlit**, Vorsitzender Richter am Bundesverwaltungsgericht, Leipzig | **Prof. Dr. Renate Bieritz-Harder**, Hochschule Emden/Leer | **Prof. Dr. Arne von Boetticher**, Ernst-Abbe-Hochschule Jena | **Dr. Wolfgang Conradis**, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Sozialrecht, Duisburg | **Prof. Dr. Dr. h.c. Eberhard Eichenhofer**, Universität Jena | **Dr. Andy Groth**, Richter am Landessozialgericht Schleswig | **Uwe Klerks**, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Sozialrecht und Versicherungsrecht, Duisburg | **Prof. Dr. Ute Kötter**, Hochschule München | **Andreas Krampe**, Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge eV, Berlin | **Prof. Dr. Gabriele Kuhn-Zuber**, Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin | **Prof. Dr. Johannes Münder**, vormals Technische Universität Berlin | **Thomas Ottersbach**, Richter am Landessozialgericht Essen | **Prof. Dr. Andreas Kurt Pattar**, Hochschule Kehl | **Dr. Ulrich Sartorius**, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht und für Sozialrecht, Breisach | **Prof. Dr. Torsten Schaumburg**, Hochschule Nordhausen | **Dietrich Schoch**, Regierungskdirektor a.D., Duisburg | **Heiko Siebel-Huffmann**, Stv. Direktor des Sozialgerichts Schleswig | **Prof. Dr. Helga Spindler**, vormals Universität Duisburg-Essen | **Prof. Dr. Britta Tammen**, Hochschule Neubrandenburg | **Stephan Thie**, Richter am Landessozialgericht Berlin-Brandenburg | **Prof. Dr. Maria Wersig**, Fachhochschule Dortmund | **Dr. Antje Wrackmeyer-Schoene**, Richterin am Sozialgericht Dessau-Roßlau



Nomos



Deutscher Anwaltverein
Arbeitsgemeinschaft
Sozialrecht



Deutscher Verein
für öffentliche und
private Fürsorge e.V.

Zitiervorschlag: HdBEx

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-3883-0

3. Auflage 2019

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2019. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort zur 3. Auflage

Das Recht der Existenzsicherung kommt nicht zur Ruhe. Zahl und Reichweite der Änderungen sind zwar nicht mehr so hoch wie bis 2012. Unter den fast 30 Änderungsgesetzen zum SGB II seit Erscheinen der 2. Auflage waren unter anderem mit dem 8. und dem 9. SGB II-ÄndG, der Neuregelung von Ansprüchen ausländischer Personen, Akzentuierungen der Regelbedarfsermittlungsregelungen, dem Teilhabechancengesetz, dem Qualifizierungschancengesetz und dem „Starke-Familien-Gesetz“ indes nach Umfang oder sachlichem Gehalt systematisch wie aus der Perspektive der betroffenen Menschen etliche gewichtige Änderungen. Allein sie geben Anlass zu einer Neuauflage.

Zu berücksichtigen sind auch die Entwicklungen in Rechtsprechung und Wissenschaft. In den großen Linien ist auch hier eine gewisse Konsolidierung vor allem in der höchst-richterlichen Rechtsprechung festzustellen; das BSG kann die SGB II-Arbeitslast inzwischen wieder mit einem Senat bewältigen. Gleichwohl stellen sich auch auf dieser Ebene immer wieder für die Praxis wichtige Grundsatzfragen, jüngst etwa mit den Judikaten zur Bestimmung des Vergleichsraums bei der Angemessenheit der Unterkunftskosten. Hinzu kommt die justizielle Bewältigung der vielfältigen Auslegungsprobleme, die sich aus der Rechtsetzung der vergangenen sechs Jahre ergeben haben; nur ein Beispiel ist die Judikatur zur vorläufigen Leistungsgewährung.

In einem Rechtsgebiet steter Veränderung wie dem Existenzsicherungsrecht steht jede zusammenhängende, umfassende Darstellung vor dem Problem, beim Erscheinen möglicherweise in Teilfragen schon wieder überholt zu sein. Dieses Risiko trifft nicht die grundlegenden Strukturprinzipien, mag deren analytische und ordnende Funktion für Gesetzgeber und Rechtsprechung in den letzten Jahren weiter an Bedeutung verloren haben. Die aktuelle sozialpolitische Debatte um eine „Abschaffung“ oder „Überwindung“ von Hartz IV lässt ebenfalls zumindest kurz- bis mittelfristig im Bundesgesetzblatt keine Ergebnisse erwarten, welche die Grundlagen bedarfsabhängiger und bedarfsgeprüfter Existenzsicherungssysteme radikal verändern. Bei genauerer Betrachtung handelt es sich der Sache nach meist um Vorschläge einer pfadabhängigen Weiterentwicklung des geltenden Rechts; zumindest für eine Umstellung auf eine bedingungslose Grundsicherung zeichnen sich politische Mehrheiten derzeit nicht ab. Sektoral indes sind – auch tiefergreifende – Änderungen nicht auszuschließen, möglich oder gar wahrscheinlich. Im Laufe des Jahres 2019 wird das Bundesverfassungsgericht sein Urteil zum SGB II-Sanktionensystem verkünden; es mag Auswirkungen auch auf Leistungskürzungen oder -ausschlüsse im Asylbewerberleistungs- oder Sozialhilferecht haben. Vor dem Hintergrund der aktuellen Wohnungsmarktlage wird weiterhin an einer grundlegenden Reform der Leistungen für die Kosten der Unterkunft gearbeitet. Zur Bewältigung von Altersarmut stehen Modifikationen des Renten- oder des Grundsicherungssystems zur Debatte, für Kinder und Jugendliche ist eine Kindergrundsicherung im Gespräch. Die Ungewissheit über Zeitpunkt und Reichweite dieser und weiterer möglicher Änderungen haben Herausgeber und Verlag bewogen, das Risiko einer Neuauflage jetzt einzugehen.

Themen und Struktur der Neuauflage des Handbuches folgen weitgehend der aus Sicht der Herausgeber bewährten, praxisorientierten Voraufgabe. Verzichtet wurde auf das Kapitel zu „Pflegebedürftigen Menschen“. Die Leistungen der Hilfe zur Pflege (§§ 61 ff. SGB XII) sind ungeachtet ihrer Auffangfunktion nach Leistungsgrund und -umfang eng verknüpft mit jenen der Pflegeversicherung und zielen zudem auf einen besonderen Bedarf, der Fragen der allgemeinen Existenzsicherung in den Hintergrund treten lässt. Im Kapitel zu „Behinderten Menschen“ berücksichtigt diese Auflage auch das zum 1.1.2020 in Kraft tretende neue Recht der Eingliederungshilfe.

Vorwort

Die Herausgeber danken herzlich all jenen Autorinnen und Autoren, die an dieser Neuauflage nicht mehr mitarbeiten wollten oder konnten, für ihre Beiträge, die wesentlich zur positiven Aufnahme des Handbuches durch Praxis wie Wissenschaft beigetragen haben. Zugleich freuen sie sich über die hinzutretenden neuen Autorinnen und Autoren, die – praxiserfahren wie wissenschaftlich reflektiert – neue Akzente setzen. Kontinuität in der Qualität wahren die vielen Autorinnen und Autoren, die weiterhin mitwirken; Dank gebührt auch ihnen – nicht zuletzt für die Geduld, die ihnen auf dem Weg zur Neuauflage abverlangt werden musste. Das Bedauern über die auf seinen Wunsch erfolgte Aufgabe der Mitherausgeberschaft durch Ulrich Sartorius wird durch die Freude über den Eintritt von Andreas Pattar als neuer Mitherausgeber gemildert.

Die Herausgeber wollen auch mit der Neuauflage einen ebenso zuverlässigen wie in der Praxis hilfreichen Überblick über das Recht der Existenzsicherung geben – und setzen darauf, dass die vorgelegte Momentaufnahme durch die Einbettung in detailübergreifende Strukturen informatorischen Nutzen auch bei künftigen Rechtsänderungen stiftet.

Leipzig / Duisburg / Kehl im Mai 2019

Uwe Berlit, Wolfgang Conradis, Andreas Kurt Pattar

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 3. Auflage	5
Verzeichnis der Bearbeiterinnen und Bearbeiter	11
Literaturverzeichnis	13

Teil I:

Der gesellschaftliche und rechtliche Rahmen der Existenzsicherung

Kapitel 1: Gesellschaftliche und gesamtwirtschaftliche Bedeutung existenzsichernder Sozialleistungen	17
Kapitel 2: Völker- und europarechtliche Vorgaben an die Existenzsicherung in Deutschland	29
Kapitel 3: Vorrangige Sozialleistungszweige	40
Kapitel 4: Existenzsicherung und Finanzverfassung	45
Kapitel 5: Existenzsicherung und Armut(sforschung)	58
Kapitel 6: Der aktivierende Sozialstaat und sein Verhältnis zur Existenzsicherung	74

Teil II:

Strukturprinzipien des Rechts der existenzsichernden Sozialleistungen

Kapitel 7: Strukturprinzipien des Rechts der existenzsichernden Sozialleistungen	87
Kapitel 8: Menschenwürde und Existenzsicherung	101
Kapitel 9: Der Bedarfsdeckungsgrundsatz	111
Kapitel 10: Aktualitätsgrundsatz und Leistungen für die Vergangenheit	141
Kapitel 11: Der Nachranggrundsatz	159

Teil III:

Das Leistungsrecht

Kapitel 12: Abgrenzung der existenzsichernden Leistungssysteme: Grundsicherung für Arbeitsuchende, Sozialhilfe (Hilfe zum Lebensunterhalt) und der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	168
---	-----

Teil III/1:

Allgemeine Leistungsgrundsätze/-voraussetzungen

Kapitel 13: Rechtsanspruch auf Existenzsicherung/Ermessen und Beurteilungsspielraum bei der Leistungsgewährung	204
Kapitel 14: Wunsch- und Wahlrecht	217
Kapitel 15: Formen der Leistungsgewährung	246
Kapitel 16: Eingliederungsvereinbarung und Leistungsabsprache	264

Inhaltsübersicht

Kapitel 17: Beratung, Unterstützung und persönliche Hilfe	282
Kapitel 18: Bedarfs-, Einsatz-, Haushaltsgemeinschaft	294
Kapitel 19: Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft	321
Kapitel 20: Einsatz von Einkommen in SGB II, SGB XII und SGB IX	338
Kapitel 21: Einsatz von Vermögen in SGB II, SGB XII und SGB IX	433
Kapitel 22: Obliegenheit zum Einsatz der eigenen Arbeitskraft	469
Kapitel 23: Sanktionen	491

Teil III/2: Existenzsichernde Sozialleistungen

Kapitel 24: Regelbedarf und Regelsätze nach SGB II und SGB XII	540
Kapitel 25: Leistungen für Mehrbedarfe und in sonstigen Lebenslagen	579
Kapitel 26: Einmalige Leistungen	598
Kapitel 27: Leistungen für Bildung und Teilhabe	608
Kapitel 28: Unterkunft und Existenzsicherung	632
Kapitel 29: Leistungen zur Eingliederung in Arbeit (inkl. 1-Euro-Jobs)	701
Kapitel 30: Kommunale Eingliederungsleistungen	747

Teil III/3: Besondere Personengruppen und Bedarfslagen

Kapitel 31: Deckung des Gesundheitsbedarfs	759
Kapitel 32: Kinder und Jugendliche	777
Kapitel 33: Auszubildende	793
Kapitel 34: Ausländer*innen	817
Kapitel 35: Ältere Menschen	865
Kapitel 36: Menschen mit Behinderungen	876
Kapitel 37: Kriegsopferfürsorge	895
Kapitel 38: Personen in besonderen sozialen Schwierigkeiten	901
Kapitel 39: Bestattungskosten	929

Teil IV: Sicherung und Herstellung des Nachrangs

Kapitel 40: Nachrang und Verpflichtung Anderer: Anspruchsübergang und -überleitung	939
Kapitel 41: Ersatzansprüche	976
Kapitel 42: Kostenersatz der Erben	1005
Kapitel 43: Erstattungsansprüche zwischen den Leistungsträgern	1013

**Teil V:
Leistungserbringung**

Kapitel 44: Sozialhilfe zwischen Staat und Markt	1038
Kapitel 45: Vereinbarungsrecht	1067
Kapitel 46: Sozialer Markt und Wettbewerbsrecht	1097
Kapitel 47: Antragsprinzip, Antragstellung, Kenntnisgrundsatz	1115
Kapitel 48: Mitwirkungspflichten	1131

**Teil VI:
Verwaltungsverfahren**

**Teil VI/1:
Allgemeine Grundsätze**

Kapitel 49: Datenschutz und Existenzsicherung	1145
Kapitel 50: Zuständigkeiten in der Existenzsicherung	1173
Kapitel 51: Vorläufige Leistungen	1187
Kapitel 52: Übertragung und Pfändung von existenzsichernden Leistungen	1202
Kapitel 53: Widerspruchsverfahren	1212
Kapitel 54: Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	1221

**Teil VI/2:
Korrektur von Verwaltungsentscheidungen**

Kapitel 55: Änderungen zugunsten des Betroffenen (§§ 44, 48 SGB X)	1230
Kapitel 56: Sozialrechtlicher Herstellungsanspruch	1239
Kapitel 57: Rücknahme, Aufhebung und Rückforderung	1248
Kapitel 58: Durchsetzung der Rückzahlung (inkl. Aufrechnung)	1256
Kapitel 59: Erlass von Ansprüchen	1265

**Teil VII:
Gerichtliches Verfahren**

Kapitel 60: Klageverfahren	1272
Kapitel 61: Vorläufiger Rechtsschutz	1294
Kapitel 62: Vereinbarungsrecht und gerichtliche Kontrolle	1308
Kapitel 63: Rechtsschutz vor den europäischen Gerichten	1316
Stichwortverzeichnis	1335

Verzeichnis der Bearbeiterinnen und Bearbeiter

- Dr. Irene Becker*, Institut für empirische Verteilungsforschung, Riedstadt (5)
- Prof. Dr. Uwe-Dietmar Berlit*, Vorsitzender Richter am Bundesverwaltungsgericht, Leipzig (4, 7, 11, 12, 16, 22, 23, 28, 39)
- Prof. Dr. Renate Bieritz-Harder*, Hochschule Emden/Leer (8, 44, 46)
- Prof. Dr. Arne von Boetticher*, Ernst-Abbe-Hochschule Jena (25, 45, 62)
- Dr. Wolfgang Conradis*, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Sozialrecht, Duisburg (11, 32, 35, 37, 53, 55, 57, 58, 59)
- Prof. Dr. Dr. h.c. Eberhard Eichenhofer*, Universität Jena (1, 2, 3)
- Dr. Andy Groth*, Richter am Landessozialgericht Schleswig (15, 27)
- Uwe Klerks*, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Sozialrecht und Versicherungsrecht, Duisburg (20, 21, 33, 41, 42, 54, 60, 61)
- Prof. Dr. Ute Kötter*, Hochschule München (34)
- Andreas Krampe*, Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge eV, Berlin (38)
- Prof. Dr. Gabriele Kuhn-Zuber*, Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin (36)
- Prof. Dr. Johannes Münder*, vormals Technische Universität Berlin (45, 62)
- Thomas Ottersbach*, Richter am Landessozialgericht Essen (60, 61)
- Prof. Dr. Andreas Kurt Pattar*, Hochschule Kehl (10, 20, 21, 24, 40, 49)
- Dr. Ulrich Sartorius*, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht und für Sozialrecht, Breisach (19, 25, 47, 52, 54, 56, 59, 63)
- Prof. Dr. Torsten Schaumberg*, Hochschule Nordhausen (29)
- Dietrich Schoch*, Regierungsdirektor a.D., Duisburg (18, 43, 50)
- Heiko Siebel-Huffmann*, Stv. Direktor des Sozialgerichts Schleswig (9, 26)
- Prof. Dr. Helga Spindler*, vormals Universität Duisburg-Essen (6, 17, 30)
- Prof. Dr. Britta Tammen*, Hochschule Neubrandenburg (13, 14)
- Stephan Thie*, Richter am Landessozialgericht Berlin-Brandenburg (29)
- Prof. Dr. Maria Wersig*, Fachhochschule Dortmund (18)
- Dr. Antje Wrackmeyer-Schoene*, Richterin am Sozialgericht Dessau-Roßlau (31, 48, 51)